

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 8/2011 vom 24. August 2011, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtratspräsidentin Verena Balmer Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Piero Catani, Jürg Dällenbach, Andrea de Meuron, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni, Martin Frei, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, David Külling, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Michael Lüthi, Gabriela Meyer-Fiechter, Carlos Reinhard, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Ratssekretär Gemeinderat Marius Mauron
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Thomas Marghitola
Schluss der Sitzung	19.55 Uhr

Die Stadtratspräsidentin eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

53. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 30. Juni 2011

Das Protokoll wird vom Rat einstimmig genehmigt.

54. Kindergarten Selve-Areal als Ersatzstandort des bisherigen Kindergarten „Tivoli“

Verpflichtungskredit für den Erwerb und Ausbau der Liegenschaft Scheibenstrasse

Bericht des Gemeinderates Nr. 18/2011

Alfred Blaser, **SAKO B+L**, erläutert kurz die Zusammenarbeit zwischen den Direktionen. Die Direktion Bildung resp. das Schulamt entwickelt das Schulraumkonzept in Abhängigkeit mit der Stadtentwicklung. Die durchschnittliche Grösse von Kindergartenklassen wird ansteigen, neuer Kindergartenraum muss bereitgestellt werden. Das Provisorium Tivoli wird den Anforderungen nicht mehr gerecht. Bauliche Veränderungen sind nicht machbar. Der Bau eines Kindergartens war jederzeit Teil des Projekts Selvepark. Der SAKO B+L wurde das Geschäft zweimal vorgelegt. Sie empfiehlt die Zustimmung mit 4 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung.

Claudine Beutler, **SP-Fraktion**, findet es nachvollziehbar, dass der Kindergarten Tivoli aufgehoben und nicht ausgebaut wird. Es war nie ein geeigneter Standort. Die Kinderzahl wird voraussichtlich zunehmen, jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Situation zu verbessern. Viel zu reden in der Fraktion gab das Thema Sicherheit, vor allem die des Schulweges. Die Fraktion ist froh um die sorgfältige Analyse und um die geplanten verbessernden Massnahmen. Aber die subjektive Einschätzung durch die betroffenen Eltern ist ebenso wichtig, sie sollten deshalb mit einbezogen werden. Fraglich ist, welche Alternativen bei einer Ablehnung des Antrags den Eltern bleiben. Die Fraktion stimmt zu.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, bedankt sich für den Bericht. Die Zahl der Kinder nimmt unbestritten zu, das Tivoli genügt den Ansprüchen nicht. Auf die Thematik der Schulwegsicherheit wurde genügend eingegangen. Die Symbiose von allen Generationen auf dem Areal ist positiv aufgefallen. Ein Kindergarten wertet das Areal auf. Offen ist, ob die Überbauung mit diesem Ausbaustandard wirklich Familien mit Kindern anzieht und nicht eher Paare mit hohem Einkommen ohne Kinder. Der geplante Kindergarten ist eine teure Lösung im Vergleich zum Tivoli, irritierend ist dabei, dass es keinen „Plan B“ gibt. Jetzt ist es zu spät für Alternativen. Die Fraktion ist trotzdem begeistert und stimmt einstimmig zu.

Carlo Schlatter, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass der Kindergarten Tivoli nicht zeitgerecht ist. Auffallend am Bericht ist der hohe Preis des neuen Kindergartens und der Mangel an Alternativen, dies trotz der langen Planung. Aber der Preis beinhaltet neben Räumlichkeiten auch Abstellplätze und Land. Es handelt sich angesichts der guten Lage und der momentanen Zinssituation um eine gute Investition. Der Gemeinderat sollte sich sogar um den Erwerb des ganzen Erdgeschosses bemühen. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, informiert, dass die Fraktion die Vorlage einstimmig annimmt. Ergänzend zu den anderen Voten möchte sie noch auf zwei Punkte hinweisen: Erstens zu einem verkehrspolitischen Aspekt: Gemäss Agglomerationsprogramm der ersten Generation wurde im Massnahmenpaket 1 eine Langsamverkehrsbindung vom Bahnhof ins Selve-Areal vorgesehen. Der Bund trägt 40 % der Kosten, der Kanton 40 % der Restkosten. Die konkrete Projektierung hätte gemäss ursprünglichem Zeitplan schon erfolgen müssen. Diese Verbindung hätte zugunsten der Schulwegsicherheit sein können.

Zweitens zu einem finanzpolitischen Aspekt: Die Fraktion hinterfragt sehr kritisch die Kosten zur Verkehrssicherung durch einen Verkehrsdienst. Dies ist eine sinnvolle Massnahme, kann aber beispielsweise mit dem „Pedibus“ günstiger werden. Ein Pedibus funktioniert wie ein Bus, aber auf zwei Füssen. Diese Lösung wäre massiv günstiger und muss vom Gemeinderat geprüft werden.

Simon Werren, **BDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass ein Kindergarten im Selve-Areal eine gute Lösung ist. Der Kindergarten Tivoli ist keine Alternative für die Zukunft. Die Frage der Schulwegsicherheit ist wichtig, die Fraktion wird Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit unterstützen. Die Fraktion nimmt den Antrag an.

David Külling, **SAKO BiSK**, weist darauf hin, dass in der SAKO verschiedene Punkte diskutiert wurden. Ein Thema war, ob nicht ein günstiger Bau wie ein Pavillon möglich wäre. Dafür hätte aber der Park geopfert werden müssen. Des Weiteren ging es um die Schulwegsicherheit: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Sicherheit zu erhöhen, auch mit baulichen Massnahmen. Die Investition von 1.25 Mio. Franken ist nicht überrissen, da viel Nutzfläche dazu gehört und der Standort gut ist. Die SAKO stimmt dem Antrag mit 3 zu 1 Stimmen zu.

David Külling **Fraktion der Mitte**, kann den verlängerten Schulweg nur akzeptieren, wenn die Einzugsgebiete Jahr für Jahr neu evaluiert werden, so dass alle Kinder einen möglichst kurzen Weg haben. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Carlos Reinhard (FDP) informiert, dass alle in der Nähe des Grabenguts wohnhaften Kinder momentan ins Schulhaus Pestalozzi zur Schule müssen. Carlos Reinhard bemüht sich schon länger um eine gute Schulwegsicherung auf dieser Strecke. Es ist erfreulich, dass die Schulwegsicherung in diesem Fall so schnell und gut funktioniert.

Gemeinderat Roman Gimmel merkt zum Thema Sicherheit an: Die Schulwegsicherheit ist ein Dauerthema, es sind heute schon 4-jährige auf der Strasse. Diese jüngste Generation kann die Gefahren nicht einschätzen. Es sollen tatsächlich Kinder aus der Umgebung Pestalozzi, Kasernenstrasse und Tivoli ins Selve-Areal kommen. Man geht aber davon aus, dass im neuen Stadtquartier Selve auch Kinder wohnen werden, die dann einen sehr kurzen Weg haben. Zum Thema Alternativen: die vorliegende Variante ist etwa die 6. oder 7. Option, die geprüft wurde. Das ist die letzte vernünftige Möglichkeit. Die Langsamverkehrsverbindung Bahnhof - Selve bekommt eine neue Bedeutung, ist aber schon länger ein Traktandum. Bezüglich Verkehrsdienst werden sicherlich noch andere Möglichkeiten geprüft. Roman Gimmel freut sich über die gute Aufnahme des Geschäfts.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. a der Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 7. Juli 2011, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von CHF 1'250'000 als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung. Verpflichtungskredit Nr. 503 / 3315.010.0 (Bestandesrechnungskonto Nr. 1143.20.01) für den Erwerb und Ausbau der Liegenschaft Scheibenstrasse (Kindergarten Selve) .
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

55. Motion M 2/2011 betreffend Änderung der Stadtverfassung Art. 61 „Rücktritt, Nachrücken und Ersatzwahl in den Gemeinderat“

BDP-Fraktion vom 7. April 2011; Beantwortung

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist es bewusst, dass das Nachrücken dem Wesen des Proporzentspricht. Lediglich die dreimonatige Frist soll gestrichen werden. Die Ernsthaftigkeit einer Gemeinderatskandidatur wird damit Rechnung getragen. Taktische Manöver würden reduziert. Die Fraktion unterstellt niemandem unseriöse Machenschaften, aber die Thuner Bevölkerung war bei den letzten Wahlen verärgert und die Glaubwürdigkeit der Thuner Politik hat gelitten. Eine Nichtannahme wäre im Einzelfall immer noch möglich.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, weiss, dass die angesprochene Situation nicht ganz optimal war. Die Unzufriedenheit wurde aber medial geprägt. Der Normalbürger stellt im Rückblick fest, dass die jetzigen Mandatsträger die damalige Herausforderung sehr gut gemeistert haben. Es gibt durchaus Gründe, wieso eine Person ein Mandat ablehnen muss. Kandidaten sollen sich nicht abschrecken lassen, zu kandidieren. Wenn die Motion angenommen wird, kann der Sitz eines Gemeinderats im ungünstigsten Fall bis zu einem Jahr unbesetzt bleiben. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Jürg Dällenbach, **Fraktion der Mitte**, weiss, dass Art. 61 der Stadtverfassung schon in der Spezialkommission Wahlreglement zu reden gab. Das Szenario des letzten Herbstes zeigte, dass die Lösung bei einem kurzfristigen Rücktritt funktioniert. 1979 musste sich das Bundesgericht mit den Thuner Gemeinderatswahlen befassen. Der letzte Gemeinderat wurde erst ein halbes Jahr nach Beginn der Legislatur in sein Amt gewählt. Der letzte Fall ist also 33 Jahre her, es besteht nicht die Gefahr, dass sich das häufig wiederholen wird. Die Fraktion der Mitte lehnt die Motion ab.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass die vorliegende Motion nicht bis zum Ende durchdacht ist. Die Fraktion lehnt die Motion ab. Die Erfahrungen des letzten Jahres gehen nicht vergessen, die Kandidaten werden von den Parteien und den Wählerinnen und Wählern hoffentlich in Zukunft etwas kritischer betrachtet.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, lehnt die Motion ab. Die geltende Lösung ist sehr sinnvoll und wohlüberlegt. Das Wahlsystem ist offen konzipiert, das Pensum und das Pflichtenheft sind bei der Kandidatur noch unklar. Es ist adäquat, dass man zurücktreten kann, wenn es nicht aufgeht. Es ist aber zu wünschen, dass bei der Kandidatur transparent gemacht wird, wer in welchem Umfang ein Mandat wahrnehmen kann.

Stadtpräsident Raphael Lanz teilt die Meinung, dass die geltende Regelung die Kehrseite des offenen Wahlsystems ist. Ein perfektes System gibt es wohl nicht, der Gemeinderat möchte nicht schon wieder das Wahlsystem ändern.

Der Rat lehnt die Motion mit 34 : 5 Stimmen ab.

56. Motion M 1/2011 betreffend Aufhebung von Spezialfinanzierungen im Bereich Kultur

Fraktion der Mitte (FdM) vom 17. März 2011; Beantwortung

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, hörte gestern einen Vortrag über staatliche Budgetprognosen von Christian Wanner, einem ausgewiesenen Finanzpolitiker. Dieser sagte, dass man zwar verwaltungsintern wissen muss, wo man steht. Das Parlament aber könne manchmal mit Transparenz nicht umgehen. Der Vorstoss soll das Verständnis für die Kulturausgaben aus Sicht der Mitglieder des Stadtrats verbessern. Es soll aus dem Voranschlag direkt ersichtlich sein, welche Mittel für die Kultur eingesetzt werden. Rund

100 Mio. Eigenkapital sind zweckgebunden in Spezialfinanzierungen. Das ist im Verhältnis zum frei verfügbaren Eigenkapital zu viel. Der Rat als Ganzes muss die Rechnungslegung verstehen. Alle Spezialfinanzierungen bedürfen einer Grundlage im Reglement. Schon beim Erlass der damaligen Reglemente gab es Bedenken, dies kann im Protokoll vom 17. November 1995 nachgelesen werden. Die Spezialfinanzierungen verhinderten die Übersichtlichkeit. Beide Reglemente sind schlecht betreffend die Bestimmungen zu ihrer Bewirtschaftung. Sie sind schwer zu verstehen und müssten überarbeitet werden. Für den Gemeinderat geht es um einen Verzicht in der Flexibilität bei der Abschlussgestaltung, für die Verwaltung wird die Änderung zu mehr Diskussionen führen, für die Nutzniesser wird die Abschaffung aber keine Konsequenzen haben. Konrad Hädener hat das Vertrauen in die Verwaltung, dass sie nicht Ende Jahr das Geld ausgibt, nur damit das Budget ausgeschöpft wird.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, hat grosses Verständnis für die Motion. Auch für die Fraktion ist nicht immer klar, wie und nach welchen Kriterien die Gelder verwendet werden. Der Gemeinderat hat aber versucht, die Transparenz zu erhöhen. Spezialfinanzierungen haben Vorteile, beispielsweise sind grössere Anschaffungen planbar, starke Schwankungen können ausgeglichen werden und die Gefahr, dass Ende Jahr alles ausgegeben wird, besteht nicht. Die Spezialfinanzierungen sind weiterhin wichtig und sinnvoll, die Fraktion lehnt die Motion ab.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, erinnert sich an ihre Zeit als Lehrerin. Ende November wurde jeweils viel bestellt, damit das Budget ausgeschöpft wurde. Dies, um Budgetkürzungen zu vermeiden. Dieses Beispiel kann man nicht eins zu eins auf die Spezialfinanzierungen übertragen. Die Abschaffung der Spezialfinanzierungen hätte aber auf jeden Fall Auswirkungen auf die Kommissionsarbeit und die Bewilligungspraxis. Die Spezialfinanzierungen sollen beide beibehalten werden. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

David Külling (SAKO BiSK) ist der Meinung, dass sich Politiker einerseits ein Bild von der Situation machen können müssen. Andererseits ist das schwierig, wenn es sich um langfristige Projekte handelt, die schwer voraussehbar sind. Der Beitrag der Stadt wird erst fällig, wenn ein Projekt realisiert wird. Deshalb schwanken die Ausgaben extrem. Die Kommissionen müssen Handlungsspielraum haben.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, ist eigentlich gegen Spezialfinanzierung. Es gibt aber auch Argumente dafür. Die Spezialfinanzierung „Anschaffung von Kunstwerken“ soll beibehalten werden. Die Spezialfinanzierung „für kulturelle Zwecke“ wurde entschlackt. Das bringt mehr Transparenz. Die Fraktion lehnt die Motion ab.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, lehnt die Motion ab. Wichtige Änderungen wurden schon gemacht. Ausserdem hat der Stadtrat auch Mitspracherecht über die SAKOs und das Budget.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini ist überzeugt, dass die Transparenz auch bei Beibehaltung der Spezialfinanzierungen jederzeit gewährleistet ist. Man kann in der Kulturabteilung eine Liste einsehen mit den Ausgaben und an wen diese getätigt werden. Über die Ausgaben entscheiden fachlich sehr kompetente Kommissionen. Flexibilität und Transparenz ist zwingend nötig. Bei der Anschaffung von Kunstwerken beispielsweise sind grosse Schwankungen normal. Über den Wert der Kunst kann man nicht streiten, aber die Kulturabteilung geht mit den ihr anvertrauten Geldern absolut treuhänderisch um.

Der Rat lehnt die Motion mit 33 : 3 Stimmen ab.

57. Postulat P 3/2011 betreffend Ausstieg der Energie Thun AG aus der Atomenergie bis 2040

Fraktion Grüne vom 17. März 2011; Beantwortung

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, dankt für die positive Antwort. Was fehlt, ist ein Vorschlag, wie der Ausstieg zeitlich umgesetzt werden könnte. Bei der Atomenergie verbleibt immer ein Restrisiko, das zu verheerenden Folgen führen kann. Das Bundesamt für Zivilschutz hat ausgerechnet, dass ein Atomunfall in der Schweiz im Worst Case mit Kosten von 4'200 Mrd. Franken unsere Volkswirtschaft ruinieren würde. Es war vor Fukushima absehbar, dass die Atomenergie keine Zukunft hat. Es gibt praktisch keine privaten Banken, die Atomenergie finanzieren, es handelt sich um eine beschränkte Ressource und es gibt zu wenig qualifiziertes Personal um AKW zu betreiben. Es ist wichtig, dass die Stadt Thun als Eigentümerin der Energie Thun AG ein Zeichen setzt. Zum Glück hat die Energie Thun AG keine direkten Beteiligungen an Kernkraftwerken. Knapp 35 % des Stromes wird aus AKW bezogen. Der Zeithorizont ist sehr lang, ein schrittweiser und überlegter Ausstieg ist möglich.

Konrad Hädener (CVP) ist der Meinung, dass der Vorstoss nicht umsetzbar ist, da die Energie Thun AG gar keine Beteiligung an AKW hat. Aus strategischer Sicht ist die Forderung nicht hilfreich. Die Energie Thun AG hat einen Versorgungsauftrag. Mit einem Eigenversorgungsgrad von nur 20 % ist die Energie Thun AG auf den Zukauf von Strom angewiesen. Niemand weiss, wie das Angebot 2040 aussehen wird. Es hat nicht ganz Europa den Ausstieg beschlossen, der Anteil an Kernenergie wird hoch bleiben. Wie die Bewohner Thuns in Zukunft wählen, kann man heute nicht sagen. Wesentlicher als der Atomausstieg ist die Auflösung der Interessenkonflikte in der Energie Thun AG als Querverbundunternehmen erstens einerseits bei der Propagierung von sinnvollen Spartechnologien und andererseits der Absatzsteigerung beim Erdgas, zweitens der Renditeerwartungen der Stadt und die Energiesparmassnahmen und drittens die Konkurrenzsituation als Gasversorger mit der AVAG als Fernwärmeversorger. Das wären die wirklich relevanten Fragen. Der Atomausstieg hat keinen Platz in der Eigentümerstrategie. Herr Hädener lehnt das Postulat ab.

Michael Lüthi, **FDP-Fraktion**, befürwortet die Förderung der erneuerbaren Energien. Im Gegensatz zur Fraktion Grüne ist er aber gegen eine Bevormundung der Bevölkerung. Die Annahme des Postulats schränkt die Freiheit der Thuner Bevölkerung ein. Ein Verzicht wird aus Eigeninteresse stattfinden. Wenn die Nachfrage nach erneuerbaren Energien bei der Energie Thun AG besteht, wird sie das Angebot an Atomenergie automatisch verringern. Die Fraktion glaubt an die Kompetenz des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung und lehnt das Postulat deshalb ab.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, findet, die Bürger sollen selber entscheiden, wie viel sie ausgeben wollen für ihren Strom. Wer Ökostrom will, soll den entsprechenden Vertrag mit dem Anbieter abschliessen. Der Atomausstieg wird national geregelt, alles andere ist Wunschdenken. Die Fraktion lehnt das Postulat ab.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Die Eigentümerstrategie wird nicht verändert, es wird nur geprüft.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass der Atomausstieg nicht Gegenstand politischer Spielereien werden darf. Bis 2040 bleibt der Energie Thun AG genügend Zeit, um auf erneuerbare Energie umzustellen. Der Bundesrat hat den Atomausstieg bis 2034 beschlossen. Nach Fukushima ist der Glaube, dass die Atomenergie sicher ist, nicht mehr da. Wichtig ist, dass man für die Energie Thun AG die Weichen stellt. Der Gemeinderat hat Ja zu nachhaltiger Energiepolitik gesagt. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, ist erstaunt ab den Voten. Das Postulat wurde moderat formuliert, lediglich die Richtung soll gezeigt werden. Die Energie Thun AG gehört zu 100 % der Stadt Thun, als Eigentümerin kann sie diese Entscheidung nicht dem Verwaltungsrat überlassen. Die Stadt muss Farbe bekennen. Es geht nur um eine Prüfung, nicht um einen sofortigen Ausstieg.

Gina Lehnherr (glp) unterstützt (auch namens der EVP) die Annahme des Postulats. Sie begrüsst die Schritte, die Richtung erneuerbarer Energien gemacht wurden, aber es kann noch mehr gemacht werden. Der Ausstieg ist ein Mosaikstücklein auf dem Weg, die Region Thun zu einem Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit zu machen. Entsprechendes Know-how regionaler Unternehmen ermöglicht das. Ein Ausstieg verändert nicht die Welt, viel wichtiger ist, was auf eidgenössischer Ebene passiert. Klar ist, dass nicht schlechte durch noch schlechtere Energieträger ersetzt werden soll. Angst vor einer Versorgungslücke hat die Fraktion nicht, solange die Energie Thun AG mit einer offensiven Preispolitik die dezentrale Produktion fördert.

Stadtpräsident Lanz ist gerne bereit, die Prüfung vorzunehmen. Der Gemeinderat ist nicht nervös, er wird die Thematik in Gesprächen mit der Energie Thun AG mit einer gewissen Ruhe und Sachlichkeit angehen.

Martin Frei, **Fraktion Grüne**, betont, dass es rein um eine Prüfung geht. Er dankt für die Antwort des Gemeinderats.

Der Rat nimmt das Postulat mit 22 zu 17 Stimmen an.

58. Postulat P 2/2011 betreffend Eissportanlage in Thun

SVP-Fraktion vom 17. März 2011; Beantwortung

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, macht auf das momentan laufende Evaluationsverfahren bezüglich der Zukunft der Eissportanlage Grabengut aufmerksam. Der Vorstoss scheint unerwünscht zu sein, es war aber ein konstruktiver Versuch der Fraktion, das Evaluationsverfahren zu bereichern. Der Stadt Thun fehlen die finanziellen Mittel für eine Eissportanlage. Der vorliegende Vorschlag der Fraktion sollte geprüft werden. Das Areal Grabengut ist sehr attraktiv, der daraus erwachsende Baurechtszins könnte dazu verwendet werden, eine Anlage an einem anderen Standort zu errichten. Der Gemeinderat schreibt, dass der Vorstoss den Charakter einer Interpellation habe. Die Fraktion weiss, dass der Vorstoss Merkmale einer Interpellation, aber auch eines Postulats hat. Die Fragen 1 und 3 wurden vom Gemeinderat zufriedenstellend beantwortet, diese Punkte können abgeschrieben werden. Zu Antwort 4 ist zu sagen, dass die Fraktion der Meinung ist, dass es sich bei einer Eissportanlage um ein überregionales Projekt handelt und deshalb von den umliegenden Gemeinden mitgetragen werden soll. Die Fraktion beantragt die Annahme dieses Punktes. Zur Frage 2: Der Gemeinderat hat die Frage nicht abschliessend beantwortet. Es fehlen Angaben dazu, in welcher Grössenordnung ein Baurechtszins möglich ist und welche Stadionvarianten allenfalls realistisch sind. In Gesprächen mit Verantwortlichen der Stadt zeigte sich, dass die Erwartungen an und die Vorstellungen von einer zukünftigen Eissportanlage weit auseinander gehen. Die Fraktion empfiehlt die Annahme dieses Punktes.

Alfred Blaser, **SP-Fraktion**, stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Vor einem Jahr wurden im Rat die Menge, die Qualität und die Kosten der Vorstösse diskutiert. Die Zusammensetzung des Rates hat sich seitdem stark verändert. Die wiedergewählten Stadträte aus der letzten Legislatur sollen die neuen darauf aufmerksam machen, was in unmittelbarer Vergangenheit bereits besprochen wurde. Die Beantwortung des vorliegenden Postulats wurde schon detailliert bekannt gegeben, die Frage wurde schon diskutiert. Das Ratssekretariat sucht auf Nachfrage alle relevanten Informationen zusammen. Die Antworten auf die hier gestellten Fragen wären zu finden gewesen.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, betonte Anfang Jahr bei der Festlegung der Legislaturziele, dass es wichtig sei, beide Varianten - den Standort am Grabengut und den Wegzug - zu prüfen. Carlos Reinhard liess bei zwei Unternehmungen abklären, was man am Grabengut bauen muss, damit aus dem Ertrag an einem anderen Standort eine Anlage finanziert werden kann. Das Gebäude müsste riesig sein. Der Stadtrat muss sich entscheiden, ob er eine sinnvolle Sanierung am Grabengut durchführen will oder mit Steuergeldern am neuen Standort baut. Beide Vorschläge sind gleichwertig zu prüfen. Das Areal

Grabengut kann man auch mittels Eissportanlage attraktiver machen. Beim Beschluss über den Aldi-Bau hätte das Gebiet gesamthaft betrachtet werden müssen. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats. Auch Punkt 4 kann abgeschrieben werden, da die Fraktion sowieso davon ausgeht, dass dieser Punkt geprüft wird.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, muss sich wehren. Die Vorstösse der Fraktion sind gut überlegt, die SP-Fraktion soll nicht immer die Vorstösse kritisieren. Es geht hier um einen neuen Input, einen Denkanstoss und das muss zulässig sein.

Abstimmung über die Annahme des Postulats (alle 4 Punkte)

Der Rat nimmt das Postulat einstimmig an.

Abstimmung über die Abschreibung der einzelnen Punkte

Der Rat stimmt der Abschreibung der Frage 1 einstimmig zu.

Der Rat stimmt der Abschreibung der Frage 2 mit 26 : 13 Stimmen zu.

Der Rat stimmt der Abschreibung der Frage 3 einstimmig zu.

Der Rat lehnt die Abschreibung der Frage 4 mit 32 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.

59. Interpellation I 14/2011 betreffend die kulturelle Vielfalt in Thun (dringlich)

Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 31. Mai 2011; Beantwortung

Franz Schori (SP) ist teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori (SP) findet es erfreulich, dass die kulturelle Vielfalt in Thun grosse Bedeutung hat. Er hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben. Der Gemeinderat könnte dem „The Rock“ noch mehr den Rücken stärken. Klar muss sich der Betreiber eigene Fehler zuschreiben lassen. Es besteht die Gefahr, dass die konsequente Durchsetzung der eidg. Schall- und Laserverordnung (SLV) weite Teile der kulturellen Vielfalt in Thun zerstört. Es können auch andere Feste wie das Thunfest oder die Thuner Fasnacht verboten werden. Die SLV hat den Zweck, Menschen zu schützen, die Schall und Lärm ausgesetzt sind. Studien zeigen, dass Musik, der man sich freiwillig aussetzt, weniger schädlich ist als Lärm. Der Gemeinderat könnte sich bei Bund und Kanton für mehr Augenmass einsetzen. Es ist zu hoffen, dass sich die Stadt Thun mit dem Wirt des „The Rock“ zusammensetzt und man gemeinsam nach Lösungen sucht.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist der Auffassung, dass das kulturelle Angebot den gesetzlichen Vorgaben genügen muss. Die Bewilligungsaufgaben wurden trotz Mahnung nicht eingehalten. Eine solche Missachtung führt nach Mahnungen konsequenterweise zur Schliessung. Auch andere Anlässe müssen die Regeln beachten. Wenn die Regeln nicht eingehalten werden und dies zu einem Unfall, einem Brand usw. führt, stellt sich die Haftungsfrage. Das Vorgehen des Regierungsstatthalters war folgerichtig und rechtmässig. Die Fraktion hofft, dass allenfalls das Ende des „The Rock“ sauber analysiert wird und keine lapidare Schuldzuweisung an den Regierungsstatthalter passiert.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, findet es unfair gegenüber den anderen regeltreuen Betreibern, wenn das „The Rock“ gegen Auflagen verstösst und anschliessend von der Stadt finanzielle Hilfe verlangt.

Gemeinderat Peter Siegenthaler betont, dass der Gemeinderat, das Gewerbeinspektorat und er selber nicht für die Schliessung des „The Rock“ verantwortlich sind. Der Regierungsstatthalter hat das nach mehreren Interventionen beschlossen. Der Gemeinderat hat nie die Schliessung beantragt, sondern eine

andere Massnahme vorgeschlagen. Jetzt wird die wirtschaftliche Situation des „The Rock“ auf den Entscheid des Regierungsstatthalters zurückgeführt. Peter Siegenthaler hat den Eindruck, dass die wirtschaftlichen Probleme schon vorher eingesetzt haben. Über 4'000 Personen haben die Petition unterschrieben, um das „The Rock“ zu unterstützen. Diese Personen sollen bitte dann auch dort hin gehen und konsumieren und das „The Rock“ nicht nur per Internet unterstützen.

60. Interpellation I 9/2011 betreffend Wasserwirbelkraftwerk in Thun

Dütschler Peter (FDP) und Mitunterzeichner vom 17. März 2011; Beantwortung

Peter Dütschler (FDP) ist teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter Dütschler (FDP) dankt für die Antwort, die umfassender ausgefallen ist als erwartet. Der Grund für den Vorstoss ist, dass Thun ein guter Standort für ein Wasserwirbelkraftwerk ist, vor allem beim Mühleplatz. Es geht auch um Gebiete, die sowieso renaturiert werden müssen. Dies ist mit hohen Kosten verbunden. In solchen Gebieten könnten Wasserwirbelkraftwerke umgesetzt werden. Man steht ganz am Anfang der Entwicklung. Es war gewagt, die Energie Thun AG anzufordern. Es gibt aber genügend private solvente Interessenten. Peter Dütschler wird das Projekt bei privaten Personen vorbringen. Es wäre ein sympathischer Beitrag sowie eine Möglichkeit zu zeigen, dass die Stadt Thun etwas macht.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die FDP-Fraktion sich vor einer halben Stunde bezüglich Atomausstieg für die unternehmerische Freiheit der Energie Thun AG eingesetzt hat und jetzt will man ihr vorschreiben, worin sie zu investieren hat. Das ist ein Widerspruch. Es ist notwendig, dass die Frage vertieft unter verschiedenen Aspekten geprüft wird. Unter Umständen kann in Zukunft die Effizienz verbessert und die Umweltbelastung gesenkt werden. Die Energie Thun AG soll das Thema Wasserwirbelkräfte nicht ad acta legen.

Carlos Reinhard (FDP) weist Martin Allemann darauf hin, dass es sich lediglich um eine Interpellation handelt. Man wollte nur eine Stellungnahme der Energie Thun AG erreichen.

Stadtpräsident Raphael Lanz findet die Reaktion der Energie Thun AG nachvollziehbar. Wenn ein solches Projekt jedoch auf privater Basis durchführbar wäre, wäre das sehr erfreulich.

61. Interpellation I 10/2011 betreffend Ansiedlung einer Fachhochschule in Thun

SP-Fraktion vom 7. April 2011; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist der Meinung, dass der Gemeinderat mittels Bewerbung mit wenig Aufwand den Anspruch der Stadt Thun auf eine Fachhochschule hätte dokumentieren können. Die EMPA bildet niemanden aus und hat damit mit dem Thema nichts zu tun. Die Fraktion wünscht sich eine vertiefte Betrachtung der Tertiärstufe und eine entsprechende Strategie.

62. Interpellation I 8/2011 betreffend Aufwertung der Strättligburg

Dütschler Peter (FDP) und Mitunterzeichner vom 17. März 2011; Beantwortung

Peter Dütschler (FDP) ist befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter Dütschler (FDP) ist sehr erfreut über die Antwort des Gemeinderats.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, freut sich, dass die Strättligburg jetzt besser sichtbar ist. Die Beleuchtung muss aber möglichst umweltverträglich sein. Die Burg sollte ausserdem noch besser genutzt werden. Das Nutzungsreglement muss überprüft und evtl. angepasst werden.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte** ist überzeugt, dass die Burg an Ausstrahlung gewonnen hat und setzt sich für weitere Verbesserungen ein. Betreffend Beleuchtung ist die Fraktion eher zurückhaltend, da die Burg keine zentrale Bedeutung hat oder ein touristischer Schwerpunkt ist. Beide Punkte sind noch nicht erfüllt.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, schätzt das Engagement, möchte aber für etwas mehr Zurückhaltung plädieren. Eine Beleuchtung der Burg ist übertrieben, die Burg ist in die Natur eingebettet seit Jahrzehnten.

63. Interpellation I 7/2011 betreffend Lancierung eines Projektes zur Förderung erneuerbarer Energien (P8/09)

Fraktion Grüne vom 17. März 2011; Beantwortung

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, ist teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Thomas Hiltpold, **Fraktion Grüne**, gibt zu Bedenken, dass am 7. Juni 2007 ein Legislaturziel mit 26 zu 7 Stimmen angenommen wurde, das genau dieses Anliegen beinhaltete. Die Dividenden der Energie Thun AG sollten für ein Vorbild-Projekt verwendet werden. Am 5. November 2009 wurde ein entsprechendes Postulat eingereicht, welches einstimmig überwiesen wurde (P 8/09). Jetzt, vier Jahre später wird der Richtplan erstellt und eine Arbeitsgruppe gebildet. Das geht der Fraktion zu langsam voran. Sie wartet seit vier Jahren und hofft auf ein starkes Zeichen der Stadt Thun.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, wünscht sich, dass der Förderfonds und der Energierichtplan überkommunal ausgestaltet werden. Die Fraktion hofft, dass alle Parteien Hand bieten zu konstruktiven Lösungen.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth hat einerseits viel Verständnis für die Ungeduld, es ist nicht angebracht, wichtige Fragen zu verzögern. Andererseits gibt es einen Gewinn durch das Warten, da die Thematik jetzt im Zusammenhang mit dem regionalen Energierichtplan diskutiert werden kann. Es ist wichtig, dass ein regionales Vorgehen gewählt wird, da man auch mit dem Energierichtplan ein regionales Vorgehen gewählt hat. Um die Ziele zu erreichen, braucht die Stadt einen breit gestützten Förderfonds.

64. Interpellation I 6/2011 betreffend Anzahl vom Fachausschuss Bau- und Aussenraumgestaltung beurteilte Baugesuche

SVP-Fraktion vom 17. März 2011; Beantwortung

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, ist befriedigt und wünscht keine Diskussion. Er wird auf die Thematik aber im nächsten Traktandum zurückkommen.

65. Interpellation I 11/2011 betreffend Aufgaben, Besetzung und Praxis des Fachausschusses Bau- und Aussenraumgestaltung

SVP-Fraktion vom 7. April 2011; Beantwortung

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, ist teilweise befriedigt und verlangt die Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter Fahrni, **SVP-Fraktion**, weiss, dass gemäss Baureglement die Baubewilligungsbehörden entscheiden, welche Geschäfte im FBA zu behandeln sind. In Realität entscheidet aber der Stabsmitarbeiter Städtebau mit. Die gleichen Leute beraten dann im Ausschuss. Alle Mitglieder des FBA sind auswärtig. Es wäre gut, wenn mindestens ein Mitglied die örtlichen Gegebenheiten kennt. Zusammenfassend ist klar, dass es ein solches Gremium braucht. Dieses muss sich aber auf gestalterische Fragen, die im öffentlichen Interesse liegen, konzentrieren. Der gesunde Menschenverstand darf bei der Beurteilung eingesetzt werden. Die Zuteilung der Geschäfte soll nachvollziehbar sein und das Baugesuchsverfahren nicht verlängern oder teurer machen. Nächstens werden bauliche Normen überarbeitet, die Fraktion bleibt am Ball.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, findet es interessant, dass die Bauverordnung von Bürgerlichen als zu liberal beurteilt wird. Beim Bauen braucht es klare Vorgaben. Die Wirtschaftlichkeit ist sehr wesentlich und das Bauen lässt sich nicht auf Höhe und Breite reduzieren. Ein Fachausschuss ist notwendig. Auswärtige Mitglieder sind sinnvoll, aber der Lokalbezug muss auch bestehen. Die wiederholt kritischen Worte der Öffentlichkeit müssen ernst genommen werden. Der Fachausschuss muss kritisch hinterfragt werden.

Carlos Reinhard, **FDP-Fraktion**, ist der Meinung, dass es eine Überprüfung des Ausschusses braucht. Er empfiehlt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, welche die Prozesse überprüft. Die Stadt Thun muss sich beim Bauen profilieren.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist überzeugt, dass die Hälfte der von der SVP-Fraktion gestellten Fragen nach dem Lesen des Reglements beantwortet gewesen wäre. An der letzten SAKO-Sitzung wurde ein Bericht über die Arbeit der FBA zur Kenntnis genommen. Deren Arbeit wird generell sehr geschätzt. Es kann aber immer etwas verbessert werden. Man wünschte sich ein liberales Baureglement und Beurteilungen nach gesundem Menschenverstand. Die Folge ist der FBA. Die nötigen Verbesserungen werden sicher vorgenommen.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, muss sich schon wieder verteidigen. Carlos Reinhard behauptet, dass die Fraktion das Thema von den Medien aufgenommen hat. Das stimmt klar nicht. Der Bericht in den Medien erschien im Juni, der Vorstoss wurde schon im März eingereicht.

Jonas Baumann, **Fraktion der Mitte**, ist klar, dass mit der wachsenden Grösse des Bauvolumens der FBA häufiger konsultiert werden muss. Das ist logisch, man soll nicht aus Einzelfällen ableiten, dass der FBA nicht sinnvoll ist.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, ist froh, dass sich der Rat einig ist, dass es den FBA braucht. Die Meinungen des Fachausschusses werden meistens übernommen, was von der Qualität der Arbeit des Fachausschusses zeugt. Reto Vannini persönlich wünschte sich als Medienschaffender eine etwas ausgewogenere Berichterstattung.

Gemeinderätin Marianne Dumermuth dankt für die rege Diskussion. Der Fachausschuss wurde schon mehrmals kritisiert. Wichtig ist, dass die Kritik auf Augenhöhe erfolgt. Der Kritik wurde Rechenschaft getragen indem schon Anfang Jahr der Gemeinderat bei der Wahl des Fachausschusses den Auftrag erhielt, gewisse Fragen genauer zu untersuchen. Er hat 6 Architektinnen und Architekten aus Thun sowie 6 Investoren befragt und diese erachten im Grundsatz den Fachausschuss als wichtig und schätzen das liberale Baureglement. Das Gremium soll nicht nach gesundem Menschenverstand, sondern professionell arbeiten. Es geht um eine Wissenschaft, dem Fachausschuss muss der nötige Respekt entgegengebracht werden. Der Fachausschuss soll die Qualität sichern und damit das öffentliche Interesse wahren. Wenn mehr Personen im Fachausschuss aus Thun stammen würden, gäbe das häufig Befangenheitsprobleme. Eine Person im Fachausschuss ist in Thun verwurzelt, arbeitet aber in Bern. Dass das Bauen in Thun nicht attraktiv sei, widerspricht allen Zahlen. In Thun herrscht eine sehr rege Bautätigkeit. Bern hat nur doppelt so viele Baugesuche. Bei der Umfrage wurde bestätigt, dass in Thun schnell gearbeitet wird. Gewisse Sachen müssen verbessert werden, die Abläufe sollen beschleunigt und transparenter werden. Im Grundsatz ist der Fachausschuss aber nicht bestritten.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin verliest das Demissionsschreiben von Stadtrat Michael Lüthi (FDP). Er wird in Zukunft eine neue berufliche Herausforderung annehmen. Michael Lüthi war seit dem 1. Januar 2007 Stadtrat. Zudem war er Mitglied der BRK, der SAKO Präsidiales und Finanzen, der SAKO Stadtentwicklung und der Arbeitsgruppe Aufgabenverzichtplanung. Die Stadtratspräsidentin wünscht Michael Lüthi alles Gute, dankt ihm für sein Engagement im Stadtrat und wünscht ihm viel Erfolg in der Zukunft.

Die Stadtratspräsidentin verweist auf die persönliche Einladung zum Fussballspiel in der Arena Thun vom 26. Oktober 2011.

Eingang

- Interpellation „Gemeindefusionen als Chance für die Region Thun“; SVP-Fraktion vom 24. August 2011

Die Stadtratspräsidentin

Der Stadtratssekretär

Verena Balmer

Remo Berlinger